

Sonder-Plenarsitzung

19. September 2022, 17.00 Uhr

Vorsitz: Präses Prof. Aust

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Zur Bewältigung der Energiekrise für den Standort**
 - a) Einführung
 - b) Diskussion
 - c) Beschluss über eine Resolution zur Energiekrise
- 3. Verschiedenes**

Anwesend:**Plenarmitglieder:**

Herr Präses Prof. Aust, Herr Vizepräses Baur, Frau Vizepräses Dr. Hees, Frau Vizepräses Nissen-Schmidt, Herren Vizepräses Pirck und van der Schalk;

Frau Ahlers, Herren Barth, Bender, Dr. Brill, Dr. Buhck, Eick, Eggenschwiler, Friemel, Gartz, Gehrckens, Groninger, Frau Harbs, Herren Harders, Hartmann, Frau Haug, Herren Heine-
mann, Hellwig, Jamil, Dr. Killinger, Koopmann, Frau Kunicki, Herren Heinz Lehmann, Lintzen,
Lorenz-Meyer, Lüchow, Mähl, Dr. Mecke, Neubauer, Dr. Pelka, Portmann, Frau Schoras, Her-
ren Sebbesse, Stacklies, Stanislawski, von Bülow, Frau Willhoeft, Herren Wöhlke, Zippel;

Dauerhafte Gäste:

Herren Ahrens, Carstens, Dr. Castan, Enkerts, Prof. Dr. Hübscher, Ulbrich, von der Decken,
Frau Wedemann;

Gäste:

Herr Anders (IHK Nord);

Aus dem Hauptamt:

Herren Dr. Heyne, Elsholz, Grams, Hargens, Koch, Frau Kramer, Herren Dr. Lau, Laue, Frau
Dr. Ölschläger, Frau Peters, Frau Schmidt, Frau Schweetberg, Herren Siebrand, Dr. Süß, Tro-
eder, Ulrich, Frau Wilhus, Frau Zupke, Frau Ruschmann (Protokoll);

Entschuldigt fehlen:**Plenarmitglieder:**

Frau Vizepräses Warning;

Frau Beckmann, Herren Brauer, Dircks, Flotow, Franzen, Frau Kartenbeck, Herren Kloth,
Kruse, Thorsten Lehmann, Radtke, Schmelzer, Schneider, Vatter, Frau Verdel, Frau Welzel,
Frau Wendt-Heinrich, Frau Witthöft, Herr Wulff;

Dauerhafte Gäste:

Frau Mohr-Rothe, Frau Nehrenberg.

Herr Präses Prof. Aust eröffnet die Sonder-Plenarsitzung und dankt den Plenarmitgliedern für ihre Teilnahme. Die Sondersitzung sei aufgrund der aktuellen dramatischen Entwicklungen im Bereich der Energieversorgung kurzfristig einberufen worden. Um als Hamburger Wirtschaft sprach- und handlungsfähig zu sein, brauche es kurzfristig eine neue energiepolitische Positionierung des Plenums.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Präses Prof. Aust bittet um die Genehmigung der aktuellen Tagesordnung und stellt fest, dass keine Wortmeldungen dazu vorliegen und diese damit genehmigt sei.

Das Plenum beschließt die Tagesordnung in vorliegender Version.

TOP 2: Zur Bewältigung der Energiekrise für den Standort

a) Einführung

Herr Dr. Heyne gibt einen Überblick über die aktuelle Energiesituation. Die Hamburger Wirtschaft habe sich mit der Standortstrategie Hamburg 2040 und der Klima-Resolution vom Dezember 2021 dem Ziel der Klimaneutralität verpflichtet. Für wirksamen Klimaschutz sei eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft allerdings unabdingbar. Beim Umbau des Energiesystems hin zu regenerativen Energieträgern sei Erdgas bislang als Brückentechnologie genutzt worden. Diese Brücke sei mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eingestürzt, weshalb es dringend Alternativen zu Erdgas brauche, die nicht die Zukunft der Energieversorgung darstellen sollen sondern der Krisenintervention dienen. Die aktuelle Energiekrise zeige sich insbesondere in extrem gestiegenen Gaspreisen. Vor allem durch das Merit-Order-Modell käme es durch die hohen Gas- auch zu erheblich höheren Strompreisen. Eine bis Anfang September erfolgte Blitzumfrage unter den Mitgliedsunternehmen der Handelskammer zeige deutlich die Auswirkungen der Energiekrise. Innerhalb von 48 Stunden hätten sich knapp 2.500 Unternehmen an der Umfrage beteiligt. 42 Prozent der Teilnehmenden sähen ihr Unternehmen durch die aktuelle Situation am Energiemarkt gefährdet, im Produzierenden Gewerbe sogar 63 Prozent. Die Industrie habe in den letzten Monaten deutlich Gas eingespart, bedauerlicherweise auch durch Produktionsrückgänge. Die Effizienzpotenziale seien daher fast vollständig ausgeschöpft. Insgesamt sei der Erdgasverbrauch in Deutschland im Juli 2022 aber wieder angestiegen. Es brauche eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um diese Krise zu überwinden. Die Einsparung durch Energieeffizienz sei dabei wichtig, aber nicht ausreichend, weitere entschlossene Maßnahmen seien notwendig, um aus der Krise zu kommen.

Herr Dr. Heyne stellt die wesentlichen Forderungen der vorab an die Plenarmitglieder versandten Resolution zur Energiekrise vor.

b) Diskussion

Herr Präses Prof. Aust eröffnet die Diskussion. Die Herren Dr. Buhck, Dr. Mecke und Dr. Pelka bringen redaktionelle Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge ein, die in die Resolution aufgenommen werden. Herr Zippel regt an, das Thema Fachkräfte in die Resolution einzubeziehen, insbesondere die Fachkräftesicherung und die Fachkräftetransformation für die Bewältigung der Energie- und Klimakrise. Herr Präses Prof. Aust merkt dazu an, dass sich die Resolution rein auf Energiepreis- und Energieversorgungsthemen beziehe und schlägt daher vor, die von Herrn Zippel vorgebrachten Punkte in den Katalog zur Fachkräftestrategie aufzunehmen, der gegenwärtig bearbeitet werde. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Buhck erläutert Herr Dr. Heyne, dass beim Thema Emissionshandelssystem insbesondere eine Erhöhung der Zertifikatsmenge denkbar wäre, um Unternehmen kurzfristig während der Krise zu entlasten und die

Auswirkung auf die Lenkungswirkung zur Vermeidung von CO₂-Emissionen so gering wie möglich zu halten.

Herr Dr. Mecke bittet um eine Änderung der Forderung beim Thema Reaktivierung der im letzten Jahr vom Netz gegangenen Kernkraftwerke. Die reine Prüfung, ob eine Reaktivierung möglich sei, wie in dem verschickten Entwurf vorgesehen, sei nicht ausreichend. Es müsse ausdrücklich gefordert werden, die rechtlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen möglichst bis zum Winter 2023/2024 dafür zu schaffen, dass auch die im letzten Jahr vom Netz gegangenen Kernkraftwerke wieder angeschlossen werden können, was einen gewissen zeitlichen Vorlauf erfordere. Dies sei jetzt wichtig, da die Energiesituation sich im Winter 2023/2024 voraussichtlich noch gravierender darstelle und die Möglichkeit zum Wiederausschluss dieser drei Kraftwerke der Bundesregierung im nächsten Winter zusätzliche Handlungsoptionen zur Krisenbekämpfung verschaffe. Dies sei auch Ergebnis, der Diskussion in der turnusmäßigen Sitzung des Ausschusses für Industrie am 14. September 2022 gewesen.

Das Plenum stimmt dem Änderungsantrag von Herrn Dr. Mecke mit einer Mehrheit von 33 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Herr Neubauer betont bei der Diskussion zum vierten Abschnitt der Resolution die Bedeutung des Klimaschutzes und erbittet trotz der formulierten Forderungen dem Weg hin zur Klimaneutralität nicht weniger Bedeutung beizumessen. Herr Präses Prof. Aust verweist auf bereits bestehende Beschlüsse des Plenums, die dieses Thema in den zentralen Fokus der Arbeit der Handelskammer bis 2040 setzten und die konkrete Maßnahmen für den Standort sowie die Kammer selbst vorsähen. Mit dem anlaufenden OECD-Projekt werde eine umfassende Analyse mit Handlungsansätzen für Hamburg erfolgen. Von der Zielstellung, Hamburg bereits im Jahr 2040 mit der Wirtschaft klimaneutral zu machen, werde nicht abgewichen.

c) Beschluss über eine Resolution zur Energiekrise

Das Plenum beschließt die Resolution zur Energiekrise mit Änderungen einstimmig mit 36 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung und keiner Gegenstimme.

TOP 3: Verschiedenes

Herr Präses Prof. Aust stellt fest, dass keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen. Er bedankt sich bei den Plenarmitgliedern für die Teilnahme an der Sondersitzung.

Die nächste reguläre Plenarsitzung findet am Donnerstag, den 6. Oktober 2022, statt.

Hamburg, 29. September 2022

Prof. Norbert Aust
Präses

Dr. Malte Heyne
Hauptgeschäftsführer

Anlage: Resolution zur Energiekrise gemäß Beschlussfassung unter TOP 2 c)

Resolution der Hamburger Wirtschaft zur aktuellen Energiekrise

vom 19. September 2022

Die Hamburger Unternehmen werden von dieser Energiekrise mit voller Wucht getroffen. Für viele geht es jetzt und in den kommenden Monaten um ihre Existenz. Bereits heute sehen über 40 Prozent der Hamburger Unternehmen ihren Betrieb aufgrund der Energiekrise in Gefahr; in der für die Wertschöpfungskette besonders bedeutsamen Industrie sogar über 60 Prozent. Die Hälfte aller Unternehmen fürchtet zudem, das Geschäft teilweise oder sogar ganz einstellen zu müssen. Die Energiekrise bedroht die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und unseres Standorts grundlegend. Aufgabe des Staates ist es die Rahmenbedingungen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten. Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, die Energieversorgung sicher und bezahlbar zu gewährleisten. Wird diese Aufgabe nicht erfüllt, hat dies verheerende Folgen für unsere Volkswirtschaft in Form von Abwanderung von Wertschöpfung ins Ausland.

Vor diesem Hintergrund ruft die Hamburger Wirtschaft die Bundes- und Landespolitik eindringlich dazu auf, gemeinsam mit ihren europäischen Partnern umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um die Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen zu sichern. Es geht dabei um nicht weniger als die Rettung unseres Wirtschafts- und Industriestandorts.

1. Preisspirale mit aller Konsequenz durchbrechen

Die Preise für Strom und Gas sind explodiert. Die Möglichkeiten der Unternehmen, den gewaltigen Kostenanstieg aufzufangen, sind aufgrund der Inflation und der allgemeinen Konsumzurückhaltung äußerst eingeschränkt. Davon betroffen sind alle Staaten der Europäischen Union, Deutschland aber in besonders hohem Maße. Der Energiekrise muss daher noch stärker auf europäischer Ebene begegnet werden, um eine Konkurrenzsituation unter den europäischen Staaten zu vermeiden. Einen kurzfristigen, zeitlich befristeten Eingriff in den Preismechanismus auf europäischer Ebene halten wir angesichts der ernststen Lage für notwendig. Durch das Merit Order Prinzip auf dem Strommarkt sorgt die andauernde Gasverstromung für die explodierenden Energiepreise. Deswegen sollten alle Gaskraftwerke zeitlich befristet heruntergefahren werden, bei gleichzeitiger Sicherung der Grundlast durch andere Energieträger. Dies würde nicht nur Gas sparen, sondern auch unmittelbar zu sinkenden Stromkosten führen, weil dann kein Strom von den teuren Gaskraftwerken preisbildend in das Netz eingespeist wird.

Die Bundesregierung kann und muss die politisch erzeugten Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen bei den Energiekosten minimieren. Wir fordern, die Stromsteuer und die Energiesteuer auf Gas auf die europäischen Mindestsätze zu reduzieren. Zudem muss die Strom- und die neu eingeführte Gasumlage in den Staatshaushalt überführt werden. Auch beim Emissionshandelssystem sollten für die Dauer der Krise wirksame Entlastungen erfolgen.

2. Gasmangellage verhindern – Energieversorgung kurzfristig mit allen Mitteln gewährleisten

Noch sind die deutschen Gasspeicher gut gefüllt. Bereits zu Beginn des Winters kann es jedoch zu Versorgungsengpässen kommen. Sollte ein akuter Gasmangel eintreten und die Notfallstufe Gas ausgerufen werden, drohen der Wirtschaft drastische staatliche Eingriffe. Jetzt muss alles für eine sichere Energieversorgung getan werden. Solange diese akut bedroht ist, müssen alle technisch möglichen und ökonomisch sinnvollen Energiequellen genutzt werden. Die Kohle-Reservekraftwerke müssen in den Markt zurückgeholt und die noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke bis zum Ende der Krise weiterbetrieben werden. Es sollen die rechtlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die drei im letzten

Jahr vom Netz gegangenen Kernkraftwerke ebenfalls vorübergehend wieder betrieben werden können. Der Import von LNG ist ein weiterer wichtiger Baustein. Zudem müssen die heimischen Erdgas-Kapazitäten zur Versorgung zeitnah stärker genutzt werden.

Um eine akute Gasmangellage zu verhindern, bedarf es gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen. Weitere Produktionseinstellungen und damit verbundene Energieeinsparungen müssen unbedingt vermieden werden. Die Hamburger Wirtschaft leistet bereits einen wichtigen, teils schmerzvollen Beitrag zur Bewältigung der Energiekrise, etwa in Form von Verzicht auf Belieferungen und intensiviert ihre Bemühungen für Energieeffizienz noch weiter. Das zum 1. Oktober 2022 geplante Gasauktionsmodell ist grundsätzlich ein guter Ansatz. Es kommt allerdings erst zum Einsatz, wenn eine Gasmangellage direkt bevorsteht. Es sind daher weitere Ansätze zu entwickeln, die gleichermaßen zu einer Reduktion des Gasverbrauchs und einer Aufrechterhaltung der Wertschöpfungsketten führen. Der Umstieg von Erdgas auf andere Energieträger dauert für viele Unternehmen noch zu lang. Gesetzliche Ausnahmeregelungen, beispielsweise für Heizöltanks, müssen daher erweitert und Genehmigungsverfahren für einen Fuel Switch deutlich beschleunigt werden.

3. Unternehmen gezielt und unbürokratisch unterstützen

Unternehmen vertrauen auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Ist diese gewährleistet, sind finanzielle Hilfen für ansonsten gesunde Betriebe nicht nötig. Jetzt geraten viele Betriebe unverschuldet in Not; direkte Energiekostenzuschüsse und Hilfen für Unternehmen sind daher gerechtfertigt und notwendig. Die bisherigen Entlastungspakete der Bundesregierung zielen vor allem auf die Entlastung der Bevölkerung, um das Konsumklima zu stabilisieren. Für Unternehmen sind sie bei Weitem nicht ausreichend. Das Energiekostendämpfungsprogramm muss nicht nur mehr Unternehmen zugänglich gemacht werden, auch die Höhe der Beihilfe sollte angesichts weiterer Preissteigerungen angepasst werden. Unternehmen, die aktuell keine Lieferverträge für Strom und Gas mehr bekommen, müssen Anspruch auf eine Ersatzversorgung erhalten, unabhängig von der Spannungsebene.

Wir begrüßen den vom Hamburger Senat kurzfristig eingerichteten Notfallfonds für Unternehmen. Die Mittel müssen nun schnell, niedrigschwellig und unbürokratisch bei den Unternehmen ankommen. Ob die Höhe des Fonds mit 100 bis 125 Mio. Euro ausreichend ist, wird sich zeigen. Über den Notfallfonds hinaus müssen auch ein ergänzendes Darlehensprogramm, eine Ausweitung der Bürgschaften und weitere Beratungsangebote für Unternehmen aufgesetzt werden. Zur Entlastung sollten auch die Rückzahlungen der Corona-Hilfen bis nach der aktuellen Krise ausgesetzt werden.

4. Klimaziele entschlossen weiterverfolgen

Die Hamburger Wirtschaft hat sich mit ihrer Standortstrategie „Hamburg 2040 – Wie wollen wir künftig leben und wovon?“ zu dem Ziel bekannt, den Wirtschaftsstandort Hamburg bis ins Jahr 2040 klimaneutral zu gestalten. An diesem Ziel halten wir ausdrücklich fest und wollen den Transformationsdruck aktiv für diese Ziele nutzen. Hierfür ist eine starke Wirtschaft notwendig, die mit den von uns geforderten, kurzfristigen und temporären Maßnahmen unterstützt werden muss. Eine weitere Verlagerung von Produktion in andere Länder mit niedrigeren Standards ist für den globalen Klimaschutz fatal. Bundes- und Landesebene müssen daher die Strukturen schaffen, die es der Hamburger Wirtschaft ermöglichen, nach der Krise schnellstmöglich klimaneutral zu wirtschaften. Hierzu sind der intensiviertere Ausbau der erneuerbaren Energien und die radikale Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren unabdingbar.